

=====

## **BIW - Aktuell**

Ausgabe 8 / 2004

Ein Service der BÜRGER IN WUT <http://www.buerger-in-wut.de>

=====

### **Gedenkstein für Michael Newrzella**

Am 27. Juni 1993 kommt es auf dem Bahnhof der mecklenburgischen Stadt Bad Kleinen zu einem tragischen Polizeieinsatz, der zwei Menschenleben fordert: Die seinerzeit meistgesuchten RAF-Terroristen der Republik, Birgit Hogefeld und Wolfgang Grams, haben sich in der norddeutschen Provinz zu einem konspirativen Treffen verabredet. Was sie nicht wissen: Das Bundeskriminalamt hat Kenntnis von dieser geheimen Zusammenkunft und plant die Festnahme der Terroristen. Als beide RAF-Aktivisten gegen 15.15 Uhr den Bahnhof betreten, erfolgt sogleich der Zugriff: Beamte der Spezialeinheit GSG 9 stürmen auf den Bahnhof und überwältigen Birgit Hogefeld. Wolfgang Grams, der einige Meter von Hogefeld entfernt ist, kann sich dem Zugriff der Polizei entziehen und schießt ohne Vorwarnung mindestens zehnmal auf seine Verfolger. Der GSG 9-Beamte Michael Newrzella wird mehrfach getroffen und stirbt kurze Zeit später noch auf dem Bahnhof in Bad Kleinen. Newrzella wird nur 25 Jahre alt.

Anschließend tötet sich Grams - zwischenzeitlich selbst verwundet auf den Gleisen des Bahnhofs liegend - durch einen Kopfschuss.

Die schrecklichen Ereignisse von Bad Kleinen liegen mittlerweile elf Jahre zurück, und noch immer wird dem in Dienstausbübung getöteten Polizeibeamten Michael Newrzella kein würdiges Andenken zuteil. Weder die Kommunalpolitiker aus Bad Kleinen, noch die Landtagsabgeordneten haben es bis jetzt für nötig gehalten, dem Mann, der sein Leben für die Verteidigung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung opferte, eine angemessene Ehrung zuteil werden zu lassen.

Wir, der Verein BÜRGER IN WUT, wollen das nun ändern. Unser Plan: Wir möchten in Bad Kleinen einen Gedenkstein für den getöteten Elitepolizisten errichten. Denn Michael Newrzella hat es seit 11 Jahren verdient, dass man seines Todes gedenkt! Bitte helfen Sie uns dabei! Als eine junge Wählervereinigung erhalten wir weder staatliche Zuschüsse noch können wir auf die großzügige finanzielle Unterstützung vermögender Mäzene bauen. Wir finanzieren unsere ehrenamtliche Arbeit vielmehr ausschließlich aus Mitgliedsbeiträgen und den Spenden einfacher Bürger, denen die Ziele und Projekte der BIW am Herzen liegen.

Wenn Sie uns bei unserem Vorhaben unterstützen wollen, einen Gedenkstein für den ermordeten Polizeibeamten Michael Newrzella aufzustellen und damit auch ein Zeichen gegen die Gleichgültigkeit der Politiker setzen, dann überweisen Sie Ihre Spende bitte auf folgendes Konto:

Empfänger: BÜRGER IN WUT  
Bank: Die Sparkasse Bremen  
Bankleitzahl: 290 501 01  
Konto-Nr.: 1146 7677  
Verwendungszweck: Gedenkstein (Ihr Name und Ihre Adresse)

Bereits an dieser Stelle recht herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

Wichtig: Wenn Sie eine Quittung über Ihre steuerlich voll abzugsfähige Spende benötigen, dann teilen Sie uns bitte Ihre Anschrift und die Höhe Ihrer Spende per Email an die Adresse [info@buerger-in-wut.de](mailto:info@buerger-in-wut.de) mit. Oder schreiben Sie uns einen kurzen Brief an die im Impressum dieses Newsletters angegebene Adresse.

+ + +

## Mindestlohn in Deutschland?

Kürzlich überraschte SPD-Parteichef Franz Müntefering die Öffentlichkeit mit dem Vorschlag, in Deutschland einen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen. Dadurch, so Müntefering, werde die Entstehung von Dumpinglohnsektoren in Deutschland wirksam verhindert. Außerdem könnten so die Folgen der verschärften Zumutbarkeitsregeln für Langzeitarbeitslose abgemildert werden, die im Rahmen von Hartz IV zum 1. Januar 2005 in Kraft treten. Danach muss ein erwerbsloser Bezieher von Arbeitslosengeld II eine angebotene Stelle auch dann annehmen, wenn das erzielte Einkommen bis zu 30% unter dem ortsüblichen Lohnniveau liegt.

Die Reaktionen auf die Initiative Münteferings fielen erwartungsgemäß höchst unterschiedlich aus. Während Teile der Gewerkschaften und des rot-grünen Regierungslagers den Vorstoß des SPD-Chefs begrüßten, war vor allem aus dem Arbeitgeberlager und den Reihen der Opposition scharfe Kritik an Müntefering zu hören. Für den stellvertretenden FDP-Vorsitzenden Rainer Brüderle haben *"gesetzlich festgelegte Lohnhöhen (...) in einer Sozialen Marktwirtschaft nichts verloren."* Auch die Einzelgewerkschaften IG-Metall und IG BCE stehen einer gesetzlichen Mindestlohnregelung eher ablehnend gegenüber. Und selbst Bundeskanzler Schröder outete sich als Gegner einer gesetzlichen Lohnuntergrenze. Macht also ein gesetzlicher Mindestlohn tatsächlich keinen Sinn? Handelt es sich gar um einen Fremdkörper in einer modernen Industriegesellschaft?

Mitnichten! Immerhin 18 europäische Länder kennen einen gesetzlichen Mindestlohn, darunter auch große Industriestaaten wie Frankreich, Großbritannien und Spanien. Und selbst im Musterland des Kapitalismus, in den USA, gibt es einen vom Gesetzgeber vorgegebenen Mindestlohn von immerhin 5,15 US-\$ pro Stunde, was umgerechnet etwa 4 € entspricht. Der demokratische Präsidentschaftskandidat Kerry hat sogar angekündigt, diesen Betrag im Falle eines Wahlsieges auf 7 \$ anzuheben.

Hierzulande wird von Politik und Teilen der Gewerkschaften gerne darauf verwiesen, dass in deutschen Tarifverträgen Lohnuntergrenzen verbindlich festgelegt sind, eine staatliche Intervention also überflüssig sei. Doch tarifvertragliche Regelungen gelten bekanntermaßen nur für solche Unternehmen, die auch tarifgebunden sind. Deren Zahl aber nimmt bereits seit Jahren permanent ab, weil vor allem in Ostdeutschland immer mehr Unternehmen aus den Arbeitgeberverbänden austreten. Tarifvertragliche Vereinbarungen gelten in diesen Firmen dann nicht mehr. Auch im expandierenden Dienstleistungssektor, der zukünftig immer stärker an Bedeutung gewinnen wird und in dem Klein- und Kleinstbetriebe dominieren, finden sich Tarifverträge vergleichsweise selten.

Anders ist die Situation im metallverarbeitenden Gewerbe und in der durch große Konzerne geprägten Chemiebranche, wo die Tarifbindung noch weitgehend intakt ist. Diese strukturellen Unterschiede erklären denn auch die Meinungsdivergenzen im Gewerkschaftsdachverband DGB. Was für die eine Einzelgewerkschaft ein wichtiger Schritt zur Vermeidung von Lohndumping in Deutschland ist (z.B. Verdi), ist für andere ein staatlicher Akt wider die Tarifautonomie - und damit immer auch die Macht der eigenen Funktionäre. Bestes Beispiel für diese Fraktion ist die IG-Metall.

Doch selbst das Bestehen eines Tarifvertrages ist keineswegs Garant für ein ordentliches Einkommen der Beschäftigten. Schließlich gibt es in Deutschland derzeit immerhin 670 Berufe, in denen Tariflöhne unter 6 EURO die Stunde bezahlt werden dürfen. Dramatischer freilich ist die Lage für gering qualifizierte bzw. ungelernete Kräfte in Unternehmen, die sich an keine Tarifvorgaben halten müssen. In der Landwirtschaft etwa erhalten Erntehelfer gerade einmal 3-4 EURO, und das bei einer Arbeitszeit von 14-16 Stunden pro Tag. Ein anderes Beispiel sind Prospektverteiler, denen üblicherweise nur noch ein Entgelt von 1-2 Cent pro eingeworfenem Handzettel gewährt wird. Das entspricht bei einer durchschnittlichen Verteilmenge von ca. 150 Stück in der Stunde im schlechtesten Fall einem Verdienst von gerade einmal 1,50 EURO.

Doch damit ist der Tiefpunkt der Verdienstsкала in Deutschland noch nicht einmal erreicht. Den BIW ist ein konkreter Fall bekannt, bei dem eine Firma, die im Auftrag eines großen Büromittelherstellers Ware konfektioniert, ihren Arbeitern gerade 1 EURO pro Stunde bezahlt. Dabei handelt es sich übrigens nicht um Heimarbeit, sondern eine Tätigkeit, die im Betrieb des Unternehmens verrichtet wird. Die Firma, von der hier die Rede ist, findet sich auch nicht in einer strukturschwachen Region in Ostdeutschland nahe der polnischen Grenze, sondern mitten in Bayern!

Noch mag es sich bei diesen Beispielen um Einzelfälle handeln. Doch das dürfte sich schon bald ändern. Denn durch Hartz IV werden viele Menschen, die heute noch Arbeitslosenhilfe beziehen, ganz aus der Förderung herausfallen, weil Partner oder Angehörige, mit denen sie in einer Hausgemeinschaft leben, ein Einkommen oberhalb der festgelegten Bemessungsgrenze erzielen. Gerade diese Menschen werden versuchen, einen Job zu finden – oft um jeden Preis. Und auch die Verpflichtung von Langzeitarbeitslosen, praktisch jede Arbeit unabhängig vom Verdienst annehmen zu müssen, dürfte die Zahl schlecht bezahlter Tätigkeiten in unserem Land deutlich anwachsen lassen.

Nach einer aktuellen Umfrage der „Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer (ASU)“ wollen schon jetzt mehr als 20% aller deutschen Unternehmen in Erwartung von Hartz IV Billigjobs in ihren Betrieben schaffen. Viele Experten befürchten einen „Drehtüreffekt“, d.h. die Unternehmen ersetzen gut bezahltes Personal durch billige Langzeitarbeitslose, was das Lohnniveau in Deutschland insgesamt drückt und damit die ohnehin viel zu geringe Binnen- nachfrage zusätzlich schwächt. Ein gesetzlicher Mindestlohn könnte helfen, diesem kontraproduktiven Effekt der an sich notwendigen Arbeitsmarktreformen entgegenzuwirken.

Neoliberale wenden an dieser Stelle gerne ein, dass ein Mindestlohn der marktwirtschaftlichen Doktrin widerspräche und die Arbeitslosigkeit verfestige, weil die Unternehmen nicht bereit sind, zu diesem Preis geringqualifiziertes Personal einzustellen. Bereits der Hinweis auf das Beispiel USA zeigt allerdings, dass dieses Argument auf sehr wackeligen Beinen steht. Auch kann man die reine liberale Lehre auf den Arbeitsmarkt allenfalls dann zur Anwendung bringen, wenn man von einer geschlossenen Volkswirtschaft ausgeht. Das ist Deutschland aber schon längst nicht mehr. Bedingt durch die permanente Zuwanderung in unser Land erhöht sich die Nachfrage nach Arbeit vor allem im Segment der geringqualifizierten Tätigkeiten laufend, während umgekehrt die Zahl der Stellen als Folge des technischen Fortschritts und der Rationalisierung ständig zurückgeht. Würde man versuchen, über eine völlige Deregulierung des Arbeitsmarktes ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage herzustellen, dann müssten die Löhne zumindest für die Gruppe der Nicht- und Geringqualifizierten ins Bodenlose fallen. Natürlich könnte man die Erwerbslosigkeit in Deutschland mit Stundenlöhnen von 50 Cent oder einem Euro relativ schnell deutlich nach unten drücken. Die Frage ist aber, wie Arbeitnehmer mit einem solchen Einkommen hierzulande sich selbst und ihre Familien ernähren sollen. Und wer dann die Produkte kauft, die von der Wirtschaft produziert werden. Das alles macht deutlich: Der neoliberale Weg führt in die Sackgasse!

Die BIW haben auch in dieser Frage eine klare Position: Sollen unter dem Eindruck von Hartz IV keine Dumpinglohnsektoren entstehen, brauchen wir auch in Deutschland einen gesetzlichen Mindestlohn jedenfalls in Wirtschaftszweigen ohne bzw. nur geringer Tarifbindung. Dieser Mindestlohn sollte flexibel festgelegt werden und je nach Branche bzw. den konkreten Arbeitsanforderungen zwischen 3,50 und 5,00 Euro pro Stunde betragen. Unternehmen, die ihren Beschäftigten 1 oder 2 Euro bezahlen, betreiben Ausbeutung und haben in einer Sozialen Marktwirtschaft nichts verloren! Wenn FDP-Vize Brüderle den Hinweis auf die Soziale Marktwirtschaft bemüht, um die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn zurückzuweisen, dann zeigt das einmal mehr, wie sehr dieses ursprünglich von Ludwig Erhard in den 60er Jahren entwickelte Konzept im Zeitalter der Globalisierung pervertiert worden ist. Die BIW verzichten deshalb bewusst auf diesen Begriff und vertritt in seinem Programm statt dessen das Modell einer Fairen Marktwirtschaft, in der ein gerechter - also fairer - Ausgleich zwischen den Interessen von Erwerbstätigen und Arbeitslosen einerseits und den Forderungen des gewerblichen Mittelstandes als Rückgrat der deutschen Wirtschaft andererseits gesucht wird. Ein gesetzlicher Mindestlohn ist Teil eines solches Kompromisses, ver-

nünftige Arbeitsmarktreformen ein anderer. Doch dazu mehr in der nächsten Ausgabe von „BIW Aktuell“.

+ + +

## **Zu guter Letzt ...**

Ein verheiratetes Paar fährt gemeinsam im Auto, etwa 80 km/h. Die Frau ist hinter dem Steuer.

Plötzlich sagt der Mann zu ihr: *"Ich weiß, dass wir 20 Jahre verheiratet sind, aber ich möchte die Scheidung."*

Die Frau sagt nichts, konzentriert sich weiterhin auf die Strasse und erhöht die Geschwindigkeit auf 90 km/h.

Der Ehemann sagt *"Ich will auch gar nicht darüber diskutieren, mein Entschluss steht fest. Ich habe bereits eine Affäre mit Deiner besten Freundin und sie ist eine weitaus bessere LiebhaberIn als Du."*

Die Frau bleibt weiterhin ganz ruhig, drückt etwas auf das Gas und fährt ca. 110 km/h.

Er freut sich über ihr ruhiges Verhalten und nutzt den günstigen Moment, ihr seine Vorstellungen mitzuteilen. *"Ich möchte das Haus"*.

Sie sagt nichts und erhöht die Geschwindigkeit auf 130 km/h.

*"Und ich möchte das Auto". "Und" sagt er, "das Geld auf unserem Konto gehört mir, ebenso alle Kreditkarten und das Boot."*

Die Frau sagt noch immer nichts, sondern erhöht lediglich die Geschwindigkeit. *"Na" sagt er, "gibt es denn gar nichts was Du beanspruchst?"*

Die Frau antwortet mit gefasster, ruhiger Stimme: *"Nein - ich habe alles, was ich brauche."*

*"Wirklich?"* sagt er, *"und was ist das?"*

Kurz bevor der Wagen mit 150 km/h rechts gegen den Brückenpfeiler knallt, schaut sie ihn an und sagt lächelnd: *"Den Airbag"*.

---

V.i.S.d.P.: Wählervereinigung BÜRGER IN WUT, c/o Jan Timke, Rotdornallee 18a, D-28717 Bremen. E-Mail: [info@buenger-in-wut.de](mailto:info@buenger-in-wut.de). Nachdruck oder sonstige Reproduktion – auch auszugsweise – nur mit ausdrücklicher Genehmigung der BIW.